

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegungen nehmen die Anzeigen und für Fremde die Postanstalten entgegen. — Erhalten wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Verantwortlich: Die Redaktionsleitung. Druck: Die Druckerei. Preis: 10 Pfennig. Abonnement: 10 Mark pro Jahr. Postamt: Amt Leipzig Nr. 1490

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1490

Nr. 302

Mittwoch, den 29. Dezember 1926

21. Jahrgang

Savas beginnt einen neuen Lügenfeldzug gegen Deutschland.

Der angebliche Ueberfall in Mainz — frecher Schwindel.

Die französische Telegraphenagentur „Agence Havas“ hat von jeher versucht, Nachrichten zu verbreiten, die Deutschland in der Meinung der Welt herabsetzen und beschimpfen. Savas arbeitet rücksichtslos für den französischen Imperialismus und scheut vor keiner Lüge zurück. Während des Weltkrieges erreichte die schamlose Hege dieses Instituts, unterstützt von der englischen Agentur „Reuter“ ihren Höhepunkt. — Jetzt beginnt Savas wieder, die Welt mit Lügenmeldungen zu überschwemmen, vor allem aber die radikal-nationalistischen Kreise Frankreichs aufzuklumpfen.

Der Zwischenfall von Germersheim und das Landauer Urteil, das jedem Gelehrten Hohn spricht, war dazu angetan, die Unhaltbarkeit der Rheinlandbesetzung zu zeigen. In den Blättern aller Kulturnationen wurde das Gewalturteil gebührend zurückgewiesen.

Wenn chauvinistische Blätter der Besatzungsmacht von einem planmäßigen Vorgehen Deutschlands gegen die französischen Truppen durch Provokation von Zwischenfällen im Rheinland sprechen, so ist das eine nicht scharf genug zurückzuweisende Unmahrheit.

Noch plumper aber ist das Vorgehen der Agentur Havas, die Meldungen über Zwischenfälle erfindet, um daraus das Landauer Urteil zu rechtfertigen. So verbreitet Havas die Meldung, daß in der Nacht vom 24. zum 25. Dezember zwei französische Soldaten nach dem Besuch der Weihnachtsmesse vor der Mainzer Garnisonkirche von mehreren anscheinend betrunkenen Deutschen angegriffen wurden.

Ueberraschend schnell hat sich diese Tartarennachricht von dem angeblichen Ueberfall auf zwei französische Soldaten in Mainz

als Schwindel herausgestellt.

Auch an Berliner maßgebender Stelle liegen keinerlei Nachrichten über irgendeinen Zwischenfall vor, der selbst in entstellter Form — Anlaß zu der französischen Falschmeldung hätte geben können. Der Zweck der Mainz-

ger Lüge ist allzu durchsichtig. Die Offiziere der Besatzungsmacht suchen wieder einmal der eigenen Regierung in den Rücken zu fallen, wenn es nicht anders geht mit Schwindelnachrichten, um für die Notwendigkeit eines scharfen Besatzungsregimes einen Vorwand zu schaffen. Nach der Meldung einzelner Blätter liegt dem Mainzer „Zwischenfall“ folgender Tatbestand zugrunde. Ein französischer Soldat verlor in der Trunkenheit einen Revolver. Um einer Bestrafung zu entgehen, hat er seinen Vorgesetzten einen Ueberfall vorgeläuscht.

Schluß mit der Besatzung!

Berlin, 27. Dez. Zur Begründung der im Landauer Prozeß verurteilten Deutschen schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Wir haben von diesem Schritt schon gesagt, daß er als Anfang einer Umkehr zu werten und als solcher zu begrüßen sei, wenn gleich der Freispruch Rougiers selbst noch ungeklärt ist. Ohne die Akten einzufordern oder andere juristisch vielleicht vertretbare, aber politisch unannehmliche Verzögerungsmaßnahmen anzuwenden, hat das französische Kabinett unter Eingriff in ein schwebendes Verfahren die Begründung durchgeführt. Sein Vorgehen kennzeichnet sich dadurch als ein politischer Akt, der sich ohne Zweifel auch gegen den Freispruch richtet; denn die einzige „Begründung“ für dessen Freispruch lag doch darin, daß er angeblich in Notwehr gehandelt habe. Was nun Rougier selbst betrifft, so würden wir es für zwecklos halten, wenn jetzt von deutscher Seite auf dessen disziplinarische Bestrafung gedrungen würde. Gerade die Erledigung des Falles hinsichtlich der Deutschen zeigt vielmehr, daß der Kern des Uebels in der Fortführung der Besatzung überhaupt besteht. Darum wäre es verfehlt, sich in Einzelsforderungen zu verplündern und man muß den größten Nachdruck immer wieder auf das klare Verlangen legen: „Schluß mit der Besatzung!“

Aufhebung der Militärkontrolle in Oesterreich?

In österreichischen politischen Kreisen hofft man, daß der Beschluß, die interalliierte Militärkontrolle in Deutschland mit Ende Januar 1927 aufzuheben, binnen kurzem auch für Oesterreich Anwendung finden werde. In Oesterreich besteht noch immer eine interalliierte Liquidierungskommission, welche die Militärkontrolle im Sinne des Friedensvertrages ausübt. An der Spitze dieser Kommission stehen der französische General Oubry, der italienische Oberst Vecchiarelli und der englische Oberleutnant Salter. Man hofft, daß der Völkerverbund nunmehr auch die Militärkontrolle über Oesterreich, Ungarn und Bulgarien aufheben werde.

Die letzte Amtshandlung dieser Liquidierungskommission war vor einigen Monaten die unter Berufung auf den Friedensvertrag erhobene Forderung nach Herabsetzung von mehreren tausend Maschinen, die angeblich noch zur Erzeugung von Kriegsmaterial verwendbar sind. Diese Maschinen sind aber Eigentum der Privatindustrie, so daß die österreichische Regierung jetzt einen Gelehterwerb vorbereitet, der die Industrie verpflichtet, diese Maschinen gegen Entschädigung abzuliefern. Die Entschädigungsbeträge machen zusammen allerdings die für österreichische Verhältnisse ganz ungeheure Summe von 70 Millionen Schilling aus.

Die Zahlungstermine im dritten Dawesjahr.

Der Generalagent für Reparationszahlungen hat in seinem Bericht darauf aufmerksam gemacht, daß mit Hilfe der deutschen Regierung Anordnungen für die Verteilung der Zahlungen der dritten Annuität in einer Weise getroffen worden sind, die einen geordneten Lieferungs- und Zahlungsmodus sichern. Die zwischen dem Generalagenten und der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft getroffenen Abmachungen, auf Grund derer die Zinsen für die Eisenbahnobligationen im zweiten und dritten Jahr monatlich gezahlt werden, bestehen fort. Für Vorauszahlungen ist ein Diskont von 8 v. H. bestimmt. Für die Bezahlung der Beförderungssteuer wurde ein neues Abkommen getroffen, das regelmäßig monatliche Zahlungen in Höhe von 22 1/2 Millionen Goldmark vorseht. Auf diese Art werden bis zum 25. August 1927 270 Millionen Goldmark aus der Beförderungssteuer bezahlt sein. Der Rest muß am 15. September 1927 aus dem tatsächlichen Erlös der Beförderungssteuer des Jahres, und zwar in der Höhe des dann noch ausstehenden Beitragsanteils der Beförderungssteuer abgetragen sein.

Der normale Haushaltsbeitrag von 110 Millionen Goldmark geht ebenfalls in gleichmäßigen monatlichen Teilzahlungen regelmäßig ein, da er in dieser Höhe von dem Kommissar der verpfändeten Einnahmen zurückbehalten wird. Die Zahlungen der „zusätzlichen Haushaltsbeiträge“ sind in 7 Teilbeträgen von je 18 Millionen Goldmark fällig und in fünf weiteren Teilbeträgen von je 24,8 Millionen Goldmark. Die Schulzahlung ist am 31. August 1927 fällig.

Die Zinsen der deutschen Industrieobligationen sind in zwei Teilbeträgen von je 125 Millionen Goldmark zahlbar, jeweils am 1. April und am 25. August 1927. Dies ist durch die Bedingungen für die Schuldverschreibungen selbst und durch die praktischen Verordnungen für die Aufbringung festgelegt, sobald es nicht möglich war, eine neue Anordnung auf monatlicher Basis herbeizuführen.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Paris, 27. Dezember. Der Arbeitsminister wird in dem morgen stattfindenden Ministerrat eine Statistik über die Arbeitslosigkeit in Frankreich vorlegen. Danach übersteigt die Zahl der Arbeitslosen in Paris nicht 10 000 und die in den Departements nicht 80 000. Der Arbeitsminister gibt die besonders von dem schlechten Geschäftsgange betroffenen Industriezweige an, damit im Rahmen des Möglichen diese Arbeitslosen bei öffentlichen Arbeiten Beschäftigung finden können.

Paris, 27. Dezember. Der „Soir“ bringt heute einen Ueberblick über die Lage auf dem Arbeitsmarkt, aus dem sich ergibt, daß die Arbeitslosigkeit bereits in den meisten Industriezweigen stark in die Erscheinung getreten ist. In der Textilindustrie haben beispielsweise sämtliche Fabriken in Roubaix und Tourcoing die tägliche Arbeitszeit um zwei Stunden herabgesetzt. Einer der größten Betriebe des Norddepartements hat in der vergangenen Woche 1000 Arbeiter entlassen. In der Schuhindustrie läßt man in Douvres 1200 Arbeitslose, in Limoges 1500. Die Spinnindustrie ist in gleicher Weise betroffen. In Calais hat das größte Werk 800 von seinen 2000 Arbeitern entlassen und außerdem die Arbeitszeit um die Hälfte herabsetzen müssen. Am schärfsten bedroht scheint die Metallindustrie zu sein. Eine Reihe von großen Automobilwerken ist gänzlich auftraglos. Die Vereinigten Französischen Stahlwerke, die noch vor kurzem 10 000 Tonnen monatlich lieferten, können gegenwärtig kaum 2000 Tonnen pro Monat produzieren. Ganz allgemein ist die Arbeitslosigkeit in der Bekleidungsindustrie. In Paris allein sind bisher gegen 8000 Arbeiterinnen entlassen worden. Weitere Betriebsstillstellungen stehen bevor. Die Karoffelwerke können nur einige Stunden am Tage arbeiten lassen.

Der „Soir“ kommt infolge seiner Enquete zu folgendem Schluß: Der Optimismus Colmarès, den es in der Kammer

Vor neuen Unruhen in Griechenland.

Die Republik ist bedroht!

Athen, 27. Dez. Die Gerüchte, wonach sich eine neue Offiziersbewegung vorbereitet, haben sich in den letzten Tagen verstärkt. Heute beständig in der Presse ein höherer Offizier diese Gerüchte, indem er gleichzeitig seine Kameraden dringend bittet, endlich die Taktik der Unruhen aufzugeben, die für das Land von verhängnisvollen Folgen begleitet gewesen sei. Er ermahnt die Parteiführer, mit aller Energie gegen die Führer der Bewegung vorzugehen. Aber diese Führer bereiten unter dem Vorwande „Die Republik ist bedroht“ durch die beabsichtigte Rückkehr in den aktiven Dienst von ungefähr hundert ehemaligen royalistischen Offizieren, die

von den Republikanern aus dem Dienst entlassen worden waren, in der Tat die Wiederaufrichtung der Militär-diktatur und den Sturz des wiederhergestellten parlamentarischen Systems vor.

Inzwischen ist in Saloniki ein Unterleutnant verhaftet worden, der seine Kameraden zur Unterzeichnung eines Protokolls, das sich auf die beabsichtigte Bewegung bezieht, veranlaßt hatte. Die enttäuschte öffentliche Meinung ist bereit, einstimmig die Regierung in ihrem Kampfe zu unterstützen, um dem parlamentarischen System Respekt zu verschaffen.

Beamtenforderungen.

Berlin, 27. Dez. 1926. Beim Wiedergesamttritt des Reichshaushaltsausschusses wollen die Beamtenorganisationen, wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, darauf hinwirken, daß bis zur grundsätzlichen Neuordnung der Besoldungsordnung die als Weihnachtshilfe bewilligte Sonderzulage weitergezahlt wird.

Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten.

Am 1. Januar 12 Uhr mittags findet ein großer Empfang beim Reichspräsidenten für das gesamte diplomatische Korps statt, das bei dieser Gelegenheit seine Neujahrswünsche abtutet. Der Doyen des diplomatischen Korps, der Papstliche Nuntius Vacelli, hält in dessen Namen eine Ansprache, auf die der Reichspräsident erwidert.

Freiz Jubell gestorben.

Der Reichstagsabgeordnete Freiz Jubell ist gestern abend 9 Uhr den Folgen des Schlaganfalls, den er vor mehreren Tagen erlitten hatte, erlegen. Der Verstorbene hätte am 11. Januar nächsten Jahres das 79. Lebensjahr vollendet. Er gehörte dem alten Reichstage von 1898 bis zu dessen Ende an. 1919/20 war er Mitglied der Nationalversammlung. Seit 1920 gehörte er wieder dem Reichstage an. Als Nachfolger Jubells sieht Kurt Selig in den Reichstag ein.

Das Reichsweheministerium

zur Zahlung und Aufwertung verurteilt.

Berlin, 27. Dez. 1926. Eine hiesige Korrespondenz meldet: Der Prozeß, den General von Wittlich gemeinsam mit dem Rapp-Busch beteiligten Major Bischoff nach seiner Amnestierung gegen das Reichsweheministerium wegen Zahlung und Aufwertung des wegen Teilnahme an hochverrätherischen Unternehmen gesperrten Gehaltes angestrengt hatte, ist vom Landgericht zu Gunsten der Kläger entschieden worden. Das Reichsweheministerium, welches zur Zahlung und Aufwertung der Gehälter verurteilt wurde, hat gegen diese Entscheidung Berufung beim Kammergericht eingelegt.

Faschistische Gruppen in Deutschland.

Berlin, 27. Dezember. Mussolini hat sich, wie Europa-Brexit meldet, von den faschistischen Delegierten in Deutschland über die faschistische Bewegung in Deutschland Bericht erstatten lassen. Danach bestehen faschistische Sektionen in Berlin, München, Köln, Hamburg, Düsseldorf, Essen und Duisburg. In Leipzig, Dresden, Breslau und anderen Städten seien faschistische Gruppen in Bildung begriffen. Das italienische Konsulat- und Konsulatspersonal gehöre vollständig der faschistischen Partei an oder wird von ihr kontrolliert, ferner auch die beiden italienischen Handelskammern in Berlin und München.